

Startschwierigkeiten bei ÖGK

Ärzte nicht für leere Kassen verantwortlich machen

Der Präsident der NÖ. Ärztekammer, Dr. Christoph Reisner, MSc, kritisiert scharf die Ankündigung des Generaldirektors der Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK), Bernhard Wurzer, die ÖGK auf Kosten der Ärztinnen und Ärzte sanieren zu wollen: „Das ist eine kurzsichtige und wenig konstruktive Vorgangsweise, der Ärzteschaft über die Medien auszurichten, dass die teure Zusammenlegung der Kassen mit einem Sparkurs saniert werden soll, der künftige Honorarverträge mit Ärzten betrifft.“ Es habe bisher keine Gespräche oder Verhandlungen darüber gegeben, sagte Reisner. Zudem sollen die Ausgaben für ärztliche Leistungen künftig an die Beitragseinnahmen geknüpft werden. Es sei unvernünftig, medizinische Leistungen an die wirtschaftliche Situation eines Landes zu knüpfen. Ausgaben für ärztliche Therapien dürften niemals von Beitragseinnahmen abhängig gemacht werden, sagt dazu MR Dr. Dietmar Baumgartner, Vizepräsident und Obmann der niedergelassenen Ärzte der Ärztekammer für Niederösterreich. Dem schließt sich Johannes Steinhart, Vizepräsident der Österreichischen Ärztekammer und Bundeskurienobmann der niedergelassenen Ärzte, an und bezeichnet die Pläne als „illusorisch und patientenfeindlich“. Damit würde es zu einer Schwächung des extramuralen Bereichs kommen, die „direkt zulasten der Patienten“ ginge. Die Ärzteschaft werde es nicht hinnehmen, dass die durch die Fusionierung der Krankenkassen entstandenen Mehrkosten durch willkürliche Honorar- und Leistungskürzungen ausgeglichen werden. Die soziale Krankenversicherung habe den Auftrag, eine bestmögliche Versorgung ihrer Versicherten sicherzustellen: „Wenn dies mit den Beitragseinnahmen nicht gelingt, so muss ein Einvernehmen mit der Politik hergestellt werden, um die Krankenkassen mit ausreichenden finanziellen Mitteln zu versorgen“, so Steinhart.

Quellen:

Presseaussendungen der Ärztekammer für Niederösterreich und der ÖÄK

Zur Person: Dr. Angelika Reitböck

Neue Präsidentin des Österreichischen Hausärzteverbandes

Bei der Generalversammlung des Österreichischen Hausärzteverbandes (ÖHV) im November 2019 in Maria Taferl wurde Dr. Angelika Reitböck, Ärztin für Allgemeinmedizin in Steyring, zur neuen ÖHV-Präsidentin gewählt.

Während ihrer Amtszeit will sie das Berufsbild des Hausarztes aufwerten und stärken, denn durch die Pensionierungswelle bei niedergelassenen Mediziner*innen in den nächsten fünf bis zehn Jahren werde sich der Ärztemangel eklatant verschärfen, sagt sie. Die Probleme des Hausärztesterbens könnten nur durch intensive Zusammenarbeit mit überregionalen Entscheidungsträgern gelöst werden. Wichtige Schritte seien der Abbau der Bürokratie, leistungsgerechte Honorare, die Einführung des Facharztes für Allgemeinmedizin und die frühe Einbindung von Medizinstudenten in die hausärztliche Praxis, so Reitböck. „Das Hausarztmodell wird immer zeitgemäß bleiben und stellt die individuellste und optimale Form der medizinischen Basisbetreuung dar“, ist die Ärztin überzeugt.

Quelle:

Presseaussendung des Österreichischen Hausärzteverbandes, 9. Jänner 2020



© Foto Walter

Anschubfinanzierung zur PVE-Gründung

Derzeit günstige Kreditbedingungen könnten Effekt verpuffen lassen

Die zwischen Ministerium und Europäischer Investitionsbank vereinbarte Anschubfinanzierung in Form von günstigen Krediten für die Gründung von Primärversorgungseinheiten (PVE) sei eine „gut gemeinte Geste“, sagt Johannes Steinhart, Vizepräsident der Österreichischen Ärztekammer und Bundeskurienobmann der niedergelassenen Ärzte. Angesichts des ohnehin niedrigen Zinsniveaus könnte der Erfolg jedoch ausbleiben. Daher sollte man besser bei anderen Maßnahmen ansetzen, zum Beispiel bei der Abschaffung der unechten Umsatzsteuer-Befreiung, die die Vermietung an Ärztinnen und Ärzte erschwert. Auch die Liberalisierung des Apothekengesetzes könnte durch zusätzliche Hausapotheken PVE attraktiver machen. Zudem müssten die Gründung und Führung einer PVE entbürokratisiert werden, so Steinhart. Gleichzeitig unterstreicht er, dass PVE kein Allheilmittel für den Mangel im kassenärztlichen Bereich sind, sondern nur ein Baustein von vielen. Für eine optimale niedergelassene Versorgung seien auch herkömmliche Arztpraxen und Gruppenpraxen nötig. Das bedeute auch mehr Kassenstellen. Zudem brauche es einen einheitlichen und modernen Leistungskatalog, wie ihn die Bundeskurie der niedergelassenen Ärzte kürzlich beschlossen habe, sagt Steinhart.

Quelle:

Presseaussendung der ÖÄK, 27. Jänner 2020

Ärztelkammer für Tirol: Krankenhäuser in der Pflicht

Unbesetzte Hausarztstellen

Trotz wiederholter Ausschreibungen, wie etwa in Kufstein bis zu 25-mal, gelingt es nicht, genügend Ärztinnen oder Ärzte für Allgemeinmedizin zu finden, die bereit sind, sich in Tirol niederzulassen und eine der ausgeschriebenen Hausarztstellen zu übernehmen. Eine der Ursachen sei, dass Tirols Krankenhäuser zu wenig Ausbildungsstellen anbieten, sagt Artur Wechselberger, Präsident der Ärztekammer für Tirol: „Fakt ist, dass sich die Träger der ‚Fondskrankenanstalten‘ – auch die öffentlichen, wie Gemeindeverbände oder Land – darum

kümmern müssen, bedarfsgerecht Ausbildungsstellen vorzuhalten!“ Es helfe nichts, die Versorgungsfrage wie eine heiße Kartoffel im Kreis zu schicken und die Schuld beim jeweils anderen zu suchen. Wechselberger baut darauf, dass sich Ärztinnen und Ärzte, die in einer Region ausgebildet werden, letztlich auch in dieser Region niederlassen werden. Dann werde es allerdings an den Krankenkassen liegen, ihnen attraktive und zeitgemäße Verträge anzubieten, um sie als Kassenärztinnen und Kassenärzte zu gewinnen.

Quelle:
Presseausendung der Ärztekammer für Tirol, 20. Jänner 2020

Louisebus der Caritas

Dringend Ärzte für Louisebus und Mobiles Hospiz Wien gesucht

Der Louisebus der Caritas – eine Arztpraxis auf Rädern – betreut seit mehr als 20 Jahren in Wien vor allem Obdachlose medizinisch. Er ist von Montag bis Freitag zwischen unterschiedlichen Fixplätzen in der Stadt unterwegs. Im vergangenen Jahr betreuten die Louisebus-Ärzte und freiwilligen Helfer mehr als 2200 Menschen und führten rund 7500 Behandlungen durch. Viele der Patienten sind schon lange, manche schwer erkrankt. Infizierte Wunden und schlecht eingestellter Diabetes sind nur einige der Aufgaben, die die Ärzte bewältigen. Eine andere ist es, das Vertrauen der Patienten zu gewinnen, die oft bereits schlechte Erfahrungen gemacht haben. Doch es wird immer schwieriger, den Betrieb aufrechtzuerhalten. Es werden dringend Ärztinnen und Ärzte – Allgemeinmediziner und Fachärzte – gesucht, die bereit sind mitzuarbeiten. Dabei kann jeder so viele Dienste machen, wie er will: einmal pro Woche, einmal pro Monat oder unregelmäßig. Der Einsatz wird mit 40 Euro pro Stunde abgegolten. Auch für das Mobile Hospiz Wien sucht die Caritas einen Allgemeinmediziner oder Facharzt als Hospiz- oder Palliativarzt (Fixanstellung 20–30 Stunden). Zu den Aufgaben gehören unter anderem die Behandlung und Betreuung von Patienten zu Hause, im Tageshospiz und in Pflegewohnhäusern, Schmerz- und Symptomtherapie bei Palliativpatienten, Beratung und Unterstützung der Hausärzte sowie mobiler Dienste vor Ort und die palliativmedizinische Beratung in stationären Einrichtungen.

Kontakt für den Louisebus: Monika Stark, Monika.Stark2@caritas-wien.at

Kontakt für das Mobile Hospiz: Lisa Taferner, Human Resources, Caritas der Erzdiözese Wien, Lisa.Taferner@caritas-wien.at

Quelle:
Mitteilung der Caritas



Facharzt für Allgemeinmedizin Zeit zu handeln!

Der „Facharzt für Allgemeinmedizin“ muss rasch umgesetzt werden, fordert Edgar Wutscher, Obmann der Bundessektion Allgemeinmedizin (BSAM) der ÖÄK. Bestätigt durch die Anmerkungen im Regierungsprogramm sieht er nun Handlungsbedarf: „Wir haben in der Ärztekammer alle notwendigen Beschlüsse zur Einführung des Facharztes für Allgemeinmedizin einstimmig gefasst. Diese wurden vor wenigen Monaten der Regierung übermittelt. Die neue Regierung hat diesen wichtigen Punkt nun im Regierungsprogramm festgeschrieben.“ Diesen Schritt zu machen sei eminent wichtig für eine nachhaltige Aufwertung der Allgemeinmedizin und die Attraktivierung der Niederlassung, sagt der BSAM-Obmann.

Das Fachgebiet des Allgemeinmediziners ist klar definiert und umfasst alle bisherigen Tätigkeiten sowie die intensive Betreuung in der Familien- und Sozialmedizin. Für die im Regierungsprogramm genannte „Attraktivierung der Allgemeinmediziner-Ausbildung“ sei es wichtig, die Ausbildungsmöglichkeiten in den Lehrpraxen auszuweiten. Dort könnten angehende Allgemeinmediziner den Beruf realitätsnah erfahren, so Wutscher.

Quellen:
Presseausendung der ÖÄK, 22. Jänner 2020